

Vertrag

zwischen

dem SPD-Unterbezirk Oberhavel

der Fraktion der SPD/LGU

dem CDU-Kreisverband Oberhavel

der Fraktion der CDU sowie

der Unabhängigen Bürgerfraktion



zur Zusammenarbeit im Landkreis Oberhavel in der

IV. Wahlperiode des Kreistages Oberhavel

(Oktober 2008 – Juni 2014)

Präambel

Die drei koalierenden Parteien bzw. Fraktionen vereinbaren für die IV. Wahlperiode des Kreistages Oberhavel eine vertrauensvolle, gleichberechtigte, sach- und zukunftsorientierte Zusammenarbeit. Grundlage dafür ist das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung des Landes Brandenburg sowie deren Gesetze. Alle Koalitionspartner distanzieren sich klar von jedem extremistischen Gedankengut, denn Demokratie und Schutz vor Gewalt und Willkür sind die Grundlage einer jeden freiheitlichen Gesellschaft. Deswegen unterstützen wir die Netzwerke und lokalen Bündnisse gegen Rechtsextremismus in Oberhavel. Die Gedenkstätten Ravensbrück und Sachsenhausen in unserem Landkreis verkörpern die Mahnung an dieses demokratische Prinzip. Durch die Gedenkstätten tragen wir eine besondere Verantwortung für die Wahrung der Erinnerung an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte. Auch die Gedenkstätten zum Speziallager Nr. 7 in Sachsenhausen und die Mauergedenkstätte verpflichten uns, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu verteidigen.

Der Koalitionsvertrag soll auf der Grundlage des Wahlergebnisses der Kreistagswahl vom 28.09.2008 die Arbeitsschwerpunkte sowie die Grundsätze der Zusammenarbeit bestimmen. Er gilt mit seiner Anlage, der Geschäftsordnung, für den Koalitionsausschuss für die IV. Wahlperiode des Kreistages Oberhavel.

Die an der Koalition beteiligten Partner möchten mit allen im Kreistag vertretenen Fraktionen eine sachliche Zusammenarbeit pflegen, die den Streit um den besten Weg in der Sache nicht ausschließt. Zugleich wollen wir Bürgernähe praktizieren. Auch bei schwierigen Entscheidungen nehmen wir deshalb die Meinung von Betroffenen sehr ernst.

Inhaltliche Festlegungen

Haushalt und Finanzwirtschaft

Grundlage jeder gegenwärtigen sowie jeder zukünftigen politischen Gestaltungsfähigkeit ist ein ausgeglichener Haushalt. Dies auch nachfolgenden Generationen zu erhalten, soll eine Verschuldung des Landkreises Oberhavel weitgehend vermieden werden.

Kredite sollten vorrangig aufgenommen werden, um Grundvermögen zu erwerben oder um durch Investitionen laufende Kosten wie zum Beispiel Energiekosten zu reduzieren bzw. um

erhebliche Fördermittel des Bundes, der EU oder des Landes Brandenburg für wesentliche Infrastrukturmaßnahmen einzuwerben.

Sie erkennen den Wunsch der kreisangehörigen Städte und Gemeinden nach einer möglichst geringen Kreisumlage an, stellen jedoch gleichzeitig fest, dass der politische Wille zur Gestaltung im Landkreis Oberhavel nicht ohne ein abgestimmtes Maß an freiwilligen Aufgaben realisiert werden kann.

Die Koalitionspartner gehen davon aus, dass wie bisher keine Differenzierung der Kreisumlage vorgenommen werden soll.

Um die Ausgaben des Landkreises noch transparenter zu gestalten, sind Zuschüsse des Kreises an Institutionen, Vereine oder Verbände nur noch dann möglich, wenn sich die Mittelempfänger nach den Grundsätzen der öffentlichen Haushaltsführung messen lassen.

Ausgenommen davon sind Projekte der Sportförderung bzw. der Jugend- und Sozialförderung, die über entsprechende kreisliche Satzungen gefördert werden.

Bildung

Die Koalitionspartner bekennen sich zur gegenwärtigen Schulträgersituation im Landkreis Oberhavel. Das bedeutet, dass im Konsens mit den Trägern der Oberschulen die ausgewogene und bedarfsgerechte Entwicklung der Gymnasien, Gesamtschulen, Oberschulen und Oberstufenzentren erfolgt.

Sollten ein oder mehrere Schulträger von Oberschulen einen Trägerwechsel wünschen, so ist in enger Kooperation mit der AG der Bürgermeister/Amtsleiter der Versuch einer einvernehmlichen Lösung vorzunehmen.

Die vollzogene Umwandlung der Käthe-Kollwitz-Oberschule im Mühlenbecker Land in eine Gesamtschule wird begrüßt. Nach der Umwandlung wird dem Antrag der Gemeinde Mühlenbecker Land auf einen Trägerwechsel zum Landkreis zugestimmt. Wegen der in den nächsten Jahren zu erwartenden Schülerzahlen, sehen die Koalitionspartner, ähnlich wie das Staatliche Schulamt, zurzeit keine Möglichkeit von Schulschließungen im engeren Verflechtungsraum. Die im Schulentwicklungsplan vorgesehene Kapazitätserweiterung der Gesamtschulplätze wird entsprechend der neuen Möglichkeiten überprüft.

Bis dahin werden weitere Planungs- bzw. Realisierungsmaßnahmen ausgesetzt. Gegebenenfalls erfolgt die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes vor dem gesetzlich vorgeschriebenen Termin.

Bei allen Investitionen des Landkreises an seinen Schulen ist auf die wohnortnahe Integration von Kindern mit Behinderung zu achten. Der Erhalt der Standorte der Förderschulen wird über die Wahlperiode hinaus als notwendig betrachtet.

Die vollständige Umsetzung der geplanten Investitionen am Runge-Gymnasium erfolgt in der IV. Wahlperiode.

Zur Unterstützung der dezentralen Begabtenförderung stellt der Landkreis jährlich mindestens 50.000 € für die Schulen in seiner Trägerschaft sowie mindestens weitere 50.000 € für die Schulen in kommunaler Trägerschaft zur Verfügung.

Diese Mittel sind als 50 %ige Förderung, auf Antrag des Schulträgers, auszureichen. Die Koalitionspartner haben das Ziel, die Begabten- und auch Benachteiligtenförderung in den kommenden Jahren weiter auszubauen und sich dabei finanziell stärker zu engagieren.

Die Schülerbeförderungssatzung wird im Jahr 2009 unter folgenden Maßgaben weiterentwickelt:

- dauerhafte Finanzierbarkeit durch Beibehaltung eines Elternanteils
- Entlastung aller Eltern durch Reduzierung des Eigenanteils, insbesondere für Grundschüler
- Beibehaltung der Grundstruktur der gegenwärtigen Satzung

Grundsätze der Schülerbeförderung bleiben:

- entfernungsunabhängiger Elternanteil
- soziale Ermäßigungen
- Ermäßigungen für das 2. Kind – Kostenfreistellung ab 3. Kind
- unbürokratische Handhabung
- Unabhängigkeit von der nächst gelegenen Schule der gewünschten Schulform sowie
- unterschiedliche Regelungen zwischen Schulen innerhalb und außerhalb des Kreisgebietes.

Die im Haushalt vorgesehenen Mittel sollen sowohl zur Verringerung des Elternanteils als auch zur Verbesserung des ÖPNV-Angebotes, einschließlich alternativer Verkehrsangebote eingesetzt werden

Ganztagsschule

Angebote der Schulträger zur Ganztagsschule finden unsere Unterstützung. Solche Projekte werden auf geeignete Weise durch den Landkreis begleitet.

Gesundheit und Soziales

Das Netzwerk Gesunde Kinder, getragen durch die Kooperationspartner

Oberhavel Kliniken GmbH

Deutsches Rotes Kreuz

Märkischer Sozialverein und

Landkreis Oberhavel

wird finanziell gefördert.

Um die soziale Versorgung der Bevölkerung weiterhin optimal sicherzustellen, werden niederschwellige Angebote im Bereich der ambulanten, sozialen und gesundheitsfürsorglichen Dienste und im Bereich der ambulanten Pflege gefördert.

Ambulante Betreuungsangebote für Menschen mit Behinderungen unter besonderer Berücksichtigung aller möglichen Wohnformen, insbesondere solcher, die einen Übergang von stationärer in ambulante Betreuung ermöglichen, sollen weiter ausgebaut werden. Dem Grundsatz ambulant vor stationär ist Rechnung zu tragen.

Jugend

Die Personalkostenförderung in der Jugendarbeit und -sozialarbeit ist auch bei eventueller Reduzierung bzw. Wegfall der Landesförderung in Absprache mit den Kommunen zu sichern. Bislang teilen sich Land, Kreis und Kommune die Kosten von 45 Jugend- und Sozialarbeitern im

Landkreis. Sollte die Förderung seitens des Landes – gegen unseren ausdrücklichen Willen - auslaufen, treten wir dafür ein, dass die Stellen mindestens im bisherigen Umfang erhalten bleiben.

In diesem Fall wird eine einvernehmliche Lösung zur Kostenteilung mit den Kommunen angestrebt.

Dabei soll jede Oberschule, jede Gesamtschule, jedes Oberstufenzentrum und jede Allgemeine Förderschule mit einem Schulsozialarbeiter ausgestattet sein.

Die qualifizierte erforderliche, notwendige und geeignete Hilfe für Kinder, Jugendliche und ihre Familien im Rahmen des SGB VIII in engem Zusammenwirken mit privaten und freien Trägern der Jugendhilfe ist zu gewährleisten.

Kreisliche Gesellschaften

Alle kreislichen Gesellschaften müssen einer ständigen Effizienzkontrolle unterliegen. Es ist sicherzustellen, dass ihre Ergebnisse mit privaten Unternehmen vergleichbar bleiben. Nur dadurch werden den Bürgern zusätzliche Kosten erspart bzw. staatliche Zuschüsse vermieden.

Die Koalitionspartner stimmen darin überein, den Gesellschaftsvertrag der Oberhavel Holding Besitz- und Verwaltungsgesellschaft mbH um den Gesellschaftszweck Arbeitnehmerüberlassung zu erweitern. Dabei geht es darum, ausschließlich Langzeitarbeitslosen den Zugang zum 1. Arbeitsmarkt zu erleichtern. Unser gemeinsames politisches Ziel ist es dabei, dass die Menschen nicht nur Arbeit haben, sondern mit und durch ihre Arbeit auch selbst ihre Existenz sichern können.

Von den Oberhavel Kliniken GmbH ist ein Konzept zur ambulanten medizinischen Versorgung für die Regionen zu entwickeln, in denen mittelfristig mit Ärztemangel zu rechnen ist. Dabei sind die Interessen des Krankenhauses Gransee angemessen zu berücksichtigen.

Um weiterhin entscheidenden Einfluss im Bereich der stationären medizinischen Versorgung, der Abfallwirtschaft, des ÖPNV sowie der Wirtschaftsförderung und Tourismusentwicklung zu behalten, sind in der IV. Wahlperiode keine Privatisierungen vorgesehen.

Voraussetzung ist und bleibt natürlich eine absolut effiziente und mit der Privatwirtschaft vergleichbare Arbeitsweise und Ergebnisse.

Kooperationen mit kommunalen Unternehmen der Nachbarkreise werden, sofern dies von unseren Nachbarkreisen gewünscht wird, nicht ausgeschlossen.

Die Aufträge der öffentlichen Hand sind unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben, insbesondere der VOB/VOL so zu gestalten, dass sie vorrangig an Unternehmen aus der Region vergeben werden können. Die finanziellen Mittel sollen dabei effizient eingesetzt werden. Die Koalition ist sich einig bei allen Entscheidungen, auch ihren Sorgfaltspflichten gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei kreislichen Unternehmen und Beteiligungen nachzukommen. Dies betrifft insbesondere die Sicherung und den Ausbau von Arbeits-, Ausbildungs- und Praktikumsplätzen. Hier hat der Landkreis eine Vorbildfunktion zu erfüllen.

Umwelt, Natur und Landwirtschaft

Wald nimmt gegenwärtig auch im Landkreis Oberhavel an Bedeutung zu. Er stellt nicht nur einen wichtigen nachwachsenden Rohstoff dar, sondern er ist für unseren Landkreis auch eine wesentliche Tourismusgrundlage.

Deshalb sind in der in der IV. Wahlperiode größere zusammenhängende Waldflächen zu erwerben, die auch die Energieträgerumgestaltung sichern.

Insbesondere soll 2009 der s.g. „Käding'sche Wald“ im Löwenberger Land gekauft werden. Sollte das Land Brandenburg ehemalige WGT-Liegenschaften an die Kommunen übertragen, so stellt sich der Landkreis, für den Fall, dass die Stadt oder die Gemeinde diese Übertragung nicht möchte und die Übernahme von Altlastenproblemen ausgeschlossen ist, zur Verfügung.

Zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft erwirbt der Landkreis landwirtschaftliche Nutzflächen von der BVVG, die begünstigt verkauft werden.

Die mögliche Gesamtfläche und die sich daraus ergebende Gesamthöhe der Ankaufsmittel sind von der Kreisverwaltung in Form eines Konzeptes zeitnah zu erarbeiten und den Kreistagsabgeordneten zur Kenntnis zu geben.

Unter der Voraussetzung, dass die Belange der Landwirtschaftsbetriebe im Rhinluch ausreichende Berücksichtigung finden und alle Umsetzungsschritte im Konsens mit den Naturschutzverbänden, Landwirtschaftsbetrieben und den Kommunen erfolgen, findet das Großprojekt „Idee Natur“ die Unterstützung der Koalitionspartner. Es werden ggf. flankierende Maßnahmen durch den Landkreis und der Stadt Kremmen mitgetragen.

Die energetische Sanierung von kreislichen Immobilien wird fortgesetzt. Die Umstellung von Heizungsanlagen, auf erneuerbare Energien hat besondere Bedeutung.

Die Arbeit der LEADER - Lokale Aktionsgruppe (LAG) Obere Havel wird durch den Landkreis unterstützt.

Die Intentionen der Landesregierung und des Kreistages zur zivilen Nutzung des Luft-Boden-Schiessplatzes Kyritz-Ruppiner Heide (Bombodrom) werden unterstützt.

Freiwillige Aufgaben

Die Koalitionspartner bekennen sich zu den bislang getragenen freiwilligen Aufgaben des Landkreises.

Weiterhin sollen insbesondere das Schullandheim Zootzen, das Jugendfreizeitzentrum Neuglobsow, der Ziegeleipark in Mildeberg sowie die WInTO, das Kreismuseum, die Kreislandwirtschaftsschule und die Kreismusikschule erhalten und ausgebaut werden.

Die Zuschüsse für die Kreisergänzungsbibliotheken Oranienburg und Gransee bzw. die Musikschule Hennigsdorf sollen im bisherigen Umfang erhalten bleiben.

Die Sportförderung soll mindestens auf dem bisherigen Niveau in Verantwortlichkeit des Kreissportbundes weitergeführt werden.

Die Förderung des Tourismus spielt eine hervorgehobene Rolle. Aus diesem Grunde wird die Unterstützung des Tourismusverbandes Ruppiner Land e.V. fortgesetzt.

Die Koalitionspartner sind bestrebt, die finanziellen Mittel für die freiwilligen Aufgaben des Landkreises effizient einzusetzen. Eine ständige Kontrolle stellt sicher, dass die Gelder der Bürger sorgsam und nachhaltig eingesetzt werden.

Partnerschaftliche Beziehungen und Internationale Jugend- Begegnungen

Der Landkreis fördert Maßnahmen des Internationalen Jugendaustausches sowie der Internationalen Jugendbegegnungen.

Er führt regelmäßig ein Mal im Jahr eine Internationale Jugendbegegnung auf dem Gebiet der Kultur oder des Sportes durch. Die dafür notwendigen Mittel werden wie bisher zur Verfügung gestellt. Sollten Bundes- und Landeszuschüsse gekürzt werden, so wird das durch eine Erhöhung der Eigenmittel kompensiert.

Um die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den polnischen Partnerkreisen Siedlce und Biala Podlaska sowie dem Landkreis Hudson County in New Jersey fortzuwickeln, sind wie bisher Mittel im Haushalt vorzusehen. Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit mit dem Vogelsbergkreis intensiviert.

Im Jahr 2009 soll ein Kreistagsbeschluss die förmliche Partnerschaft mit dem Landkreis Hudson County dokumentieren.

Verbesserung des ÖPNV- und des SPNV- Angebotes

Die gute Qualität des bestehenden ÖPNV-Angebotes soll weiter verbessert und ausgebaut werden.

Die Koalitionspartner werden die Verwaltung darin unterstützen, die S-Bahnanbindung nach Velten voranzubringen. Bis zur Wiederinbetriebnahme der S-Bahn soll die Taktfolge der Regionalbahn verbessert werden. Hierzu werden Gespräche mit den zuständigen Landtags- und Bundestagsabgeordneten und den zuständigen Ministerien geführt.

Für die Regionalbahnlinie RB12 aus Zehdenick kommend ist ein Haltepunkt in Birkenwerder anzustreben. Die Taktfolge der S 8 soll verbessert werden.

Ein Teil der im Haushalt für die Veränderung der Schülerbeförderungssatzung eingestellten Mittel wird für die Attraktivierung des ÖPNV eingesetzt.

Erfüllung der Aufgaben nach dem SGB II

Die Koalitionspartner unterstützen weiterhin das Modell der Optionskommune.

Auf der Grundlage der positiven Erfahrungen werden die Koalitionspartner alles unternehmen, um auch weiterhin die kommunale Aufgabenträgerschaft sicherzustellen. Der Lenkungsbeirat wird in seiner jetzigen Form erhalten.

Einzelmaßnahmen von besonderer Bedeutung

Die Koalitionspartner unterstützen weiterhin das Tourismusprojekt WIN und werden die finanziellen Mittel für den Ausbau des Langen Trödel für den Anteil des Landkreises Oberhavel absichern. Voraussetzung dafür ist eine mindestens 70 % ige Landesförderung.

Auch die Rekultivierung der Deponie in Germendorf ist innerhalb der IV. Wahlperiode in den wesentlichen Abschnitten zu realisieren. Für die Restarbeiten sind die finanziellen Mittel durch Rückstellungen sicherzustellen.

Die Koalitionspartner setzen sich mit Nachdruck für den zügigen weiteren Ausbau der B 96 in Richtung Norden ein. Im Rahmen der Trägerbeteiligung wird die Kreisverwaltung alles tun, um entsprechend der gesetzlichen Möglichkeiten einen raschen Abschluss der Planungsphase zu ermöglichen.

Der Landkreis unterstützt den flächendeckenden Ausbau von Highspeed-DSL-Anschlüssen in Oberhavel. Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass schnelle Internetzugänge ein wichtiger Standortfaktor für die heimischen Unternehmen und die Lebensqualität der Menschen ist.

Die Koalitionspartner unterstützen die Aktivitäten im Rahmen des Regionalen Wachstumskerns Oranienburg-Hennigsdorf-Velten.

Die Entwicklung des Mittelzentrums in Funktionsteilung Gransee-Zehdenick, unter Einbeziehung der Stadt Fürstenberg, findet ebenfalls unsere Unterstützung.

Zur Verbesserung der touristischen Erschließung des Landkreises, einschließlich zur Schulwegsicherung, erarbeitet die Kreisverwaltung ein Radwegekonzept. Durch die unterschiedlichen Baulastträger (Kommune, Kreis, Land, Bund) ist neben der Prioritätensetzung vor allem eine koordinierende und systematische Unterstützung der Planung und Realisierung erforderlich.

Personelle Festlegungen

Wahl des Landrates und der Beigeordneten

Die Koalitionspartner stimmen darin überein, den Landrat durch den Kreistag zu wählen.

Sofern gesetzlich nicht anders geregelt, wird der Beschluss zur Wahl des Landrates durch den Kreistag im 1. Halbjahr 2009 gefasst. Innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist erfolgen dann die Beschlüsse zur Nichtausschreibung der Landratsfunktion sowie die Wahl des Landrates.

Im Vorfeld der Landratswahl verständigen sich die Koalitionspartner gemeinsam mit dem Landratskandidaten über die Besetzung der Dezernate und die Wahl der Beigeordneten.

Die CDU benennt innerhalb der Koalition einen Kandidaten für den 1. stellvertretenden Landrat. Aus den Reihen der Koalition werden für den Landrat, den stellvertretenden Landrat und Beigeordnete keine Gegenkandidaten aufgestellt.

Gremienbesetzung

Der wirtschafts- und finanzpolitische Sachverstand der Mitglieder der Unabhängigen Bürgerfraktion soll bei der Besetzung von Beiräten Berücksichtigung finden. Deshalb wird sowohl die SPD/LGU- Fraktion als auch die CDU-Fraktion von den bereits bestimmten Mitgliedern jeweils einen Vertreter für die Besetzung des Aufsichtsrates der Oberhavel Holding Besitz- und Verwaltungsgesellschaft mbH und des Beirates der AWU Oberhavel GmbH der Unabhängigen Bürgerfraktion zur Verfügung stellen.

Auf Vorschlag der SPD/LGU wird ein Mitglied der CDU-Kreistagsfraktion die Interessen des Landkreises im Kuratorium der Sparkassenstiftung der MBS wahrnehmen.

Koalitionsausschuss

Alle wichtigen kreislichen Angelegenheiten werden im Koalitionsausschuss beraten. Ziel ist es, im Kreistag möglichst einvernehmliche Beschlüsse zu Stande zu bringen. Differenzauffassungen nach der Erörterung im Ausschuss sind den Koalitionspartner bekannt zu geben, um dann möglichst eine gemeinsame Position zu erarbeiten.

Der Koalitionsausschuss tritt regelmäßig vor den Kreistagssitzungen zusammen. Sollten Angelegenheiten des Kreises es erfordern, so können auf Antrag eines Koalitionspartners zusätzliche Sitzungen vereinbart werden. Die Einladung erfolgt durch den Landrat im Einvernehmen mit den Fraktionsvorsitzenden.

Von den Sitzungen ist ein Beschlussprotokoll zu fertigen, welches auf der darauf folgenden Sitzung zu bestätigen ist.

Nach den Sitzungen des Koalitionsausschusses finden Pressekonferenzen statt. Ziel ist es, die Bürger zeitnah, transparent und umfassend über die Entscheidungen in wichtigen kreislichen Angelegenheiten zu informieren.

Anträge aus den Koalitionsfraktionen sollten dem Koalitionspartner rechtzeitig bekannt gegeben werden. Ziel sollte es sein, dass nur gemeinsame Anträge bzw. Änderungsanträge zu Beschlussvorlagen gefasst werden. Bei gemeinsamen Anträgen wird der ursprüngliche Verfasser an 1. Stelle federführend genannt.

Es ist beabsichtigt bei Themen und Vorhaben von besonderer Bedeutung für den Landkreis gemeinsame Fraktionsberatungen durchzuführen.

Zusammensetzung des Koalitionsausschusses

Dem Koalitionsausschuss gehören an:

Die Vorsitzenden der Kreisgliederungen von SPD und CDU,
 die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen von SPD/LGU, CDU und der Unabhängige
 Bürgerfraktion
 sowie je ein weiteres Fraktionsmitglied der SPD/LGU , CDU und der Unabhängigen
 Bürgerfraktion.

Der Landrat (SPD) sowie der stellvertretende Landrat (CDU) nehmen ausschließlich beratend an
 den Sitzungen teil.

Oranienburg, den 03.März 2009

Vorsitzender der Unabhängigen Bürgerfraktion

Kreisvorsitzender der CDU Oberhavel

Unterbezirkvorsitzender der SPD Oberhavel

Fraktion der Unabhängigen Bürgerfraktion

Fraktionsvorsitzender der CDU

Fraktionsvorsitzender der SPD/LGU